



BESCHLUSSBUCH
DER BEZIRKSKONFERENZ
AM 09.02.2025
IN INGOLSTADT

Anträge

Inhaltsverzeichnis

AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
AP01	Auf eigene Kräfte besinnen und mit Solidarität die Zukunft gewinnen! - Arbeitsprogramm der Jusos Oberbayern Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	9

LAT - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
LAT01	Transformationsfonds zur Rentensicherung und sozial-ökologischen Transformation Bezirksvorstand <i>abgelehnt</i>	24
LAT02	Nutzungskonflikte erkennen, Naturschutz und Tourismus in Einklang bringen. Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	27

Ini - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
INI01	Solidarität mit Lisa Pöttinger! Gegen politische Berufsverbote! Jusos Freising <i>angenommen</i>	22

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
B01	Queerer Aufklärungsunterricht Jusos Pfaffenhofen, Jusos Freising <i>angenommen</i>	18

I - Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
I02	Schengen oder Scheitern – Gegen Grenzschießungen, für ein vereintes Europa! Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	20

S - Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
S01	Antidiskriminierungsgesetz für Bayern! Jetzt! Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	30

W - Wohnen

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
W01	Wohnungsbau objektiv Jusos München-Land <i>zurückgezogen</i>	33

SAT - Richtlinienändernde Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
SAT01	Richtlinienändernde Anträge Bezirksvorstand <i>angenommen</i>	32

Antrag AP01: Auf eigene Kräfte besinnen und mit Solidarität die Zukunft gewinnen! - Arbeitsprogramm der Jusos Oberbayern

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Adressat*innen: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern**

2 **Einleitung und Ausgangssituation**

3 Weltschmerz, laut Definition ist es ein Gefühl der Trauer und der schmerzhaften
4 Melancholie. Im schlimmsten Fall kann der Weltschmerz zu Pessimismus und Resignation
5 führen. Wenn Donald Trump wieder an die Macht kommt, faschistische Politik ankündigt,
6 Rechtsextreme das erste Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder zur
7 stärksten Kraft in Österreich werden, die Konservativen wieder Steigbügelhalter
8 spielen und die Abschottung und Remigration Phantasien unkritisch in die eigene
9 Programmatik aufnehmen, dann können wir verstehen dass man das Gefühl der
10 Hilflosigkeit und Resignation spürt.

11 Es ist aber nicht das erste und sicherlich nicht das letzte Mal, dass wir als Verband
12 und als Gesellschaft vor sehr großen Herausforderungen und harten Kämpfen stehen. Die
13 Zeiten waren nie einfach, wir als Verband haben aber immer einen gemeinsamen Weg
14 gefunden, der zu einer noch gerechteren und solidarischen Gesellschaft geführt hat.
15 Diesen Weg werden wir wieder finden, eine Ausweglosigkeit kennen wir nicht, denn jede
16 Zeit will eigene Antworten. Für unsere Zeit werden wir mit Euch die Antworten finden.
17 Für Menschenwürde, Demokratie und solidarische Welt, werden wir aber mit Euch das
18 kommende Jahr und bis in die Ewigkeit kämpfen.

19 **Arbeitsweise des Vorstands**

20 Der Bezirksvorstand vertritt alle Jusos in Oberbayern nach innen und nach außen. Er
21 ist für die Umsetzung des Arbeitsprogramms verantwortlich, befasst sich mit aktuellen
22 Themen, fördert die strukturelle und inhaltliche Entwicklung des Verbands und
23 beteiligt sich in beratender Rolle auf Landesebene. Der Vorstand arbeitet
24 ehrenamtlich. Die Aufgabenverteilung berücksichtigt die individuellen Lebensumstände
25 der Mitglieder sowie die Notwendigkeit für die Privatzeit außerhalb des Ehrenamts,
26 der Erwerbsarbeit sowie Schule, Ausbildung und Studium. Gleichzeitig stellen wir die
27 effiziente Bearbeitung der anfallenden Aufgaben sicher.

28 Alle Stellvertretende Vorsitzenden werden für die Leitung der vom Vorstand
29 gegründeten **inhaltlichen Arbeitskreisen** und **die Betreuung der jeweiligen**
30 **Regionalgruppen** eingesetzt. Die Genoss*innen die für die jeweiligen Regionalgruppen,
31 innerhalb des Grassroots Projektes zuständig sind, werden auch einen aktiven Kontakt

32 zu den Unterbezirken der Regionalgruppen halten und in den Sitzungen des
33 Bezirksvorstandes die Berichte der Entwicklungen einzelner Unterbezirke – mit
34 nützlichen Einschätzungen der Lage – geben.

35 Drei der Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden werden als Gleichstellungsbeauftragte,
36 Neumitgliederbeauftragte und Kommunikationsbeauftragte arbeiten. In der ersten
37 Sitzung des Bezirksvorstandes nach der Bezirkskonferenz werden wir einen Mitglied des
38 Vorstandes als ehrenamtliche*n Geschäftsführer*in des Bezirksvorstandes ernennen.
39 Ehrenamtliche*r Geschäftsführer*in wird für die Organisation der Bezirksvorstands-
40 und Gesamtvorstandssitzungen, federführend für die Leitung der Organisation der
41 Bezirkskonferenzen, die Betreuung der Finanzen der Verbandes und die Einhaltung der
42 Projektfristen einzelner Vorstandsmitglieder sein.

43 Die Sitzungen des Bezirksvorstands finden in der Regel alle zwei Wochen statt. Die
44 Sitzungen des Bezirksvorstandes werden wir ausschließlich online durchführen, außer
45 wenn diese mit dem Gesamtvorstand gekoppelt sind, in dem Fall werden wir in Präsenz
46 tagen. Die Klausuren des Bezirksvorstandes werden auch in Präsenz durchgeführt.

47 **Der Gesamtvorstand der Jusos Oberbayern** wird im kommenden Jahr einer der wichtigsten
48 Körper des Bezirksvorstandes sein. Die Genoss*innen des Gesamtvorstandes werden sich
49 an die inhaltliche Ausgestaltung der Bezirkskonferenzen beteiligen. Das Ziel des
50 Bezirksvorstandes ist dabei, den Gesamtvorstand mindestens einmal im Quartal
51 einzuberufen und zusätzlich in die Organisation der Fachtagungen und Veranstaltungen
52 des Bezirksvorstandes mit einzubeziehen. Um die Funktionalität des Gesamtvorstandes
53 zu gewährleisten werden wir auf der Klausur zur Jahreshälfte des Bezirksvorstandes
54 einen Kassensturz der Arbeit und der Beteiligung in dem Gesamtvorstand machen und
55 Empfehlungen mit dem weiteren Vorgehen an die jeweilige Unterbezirke geben. Mitglied
56 des Gesamtvorstandes zu sein ist keine Formalia, sondern kommt auch mit Verantwortung
57 für den ganzen Verband. Zum schnellen Informationsaustausch wird weiterhin die
58 Telegram-Gruppe für den Gesamtvorstand fortgeführt. So muss auch außerhalb der
59 Sitzungen ein enger Kontakt zu den Unterbezirken gehalten werden.

60 **Strukturarbeit und Grassroots**

61 In der vergangenen Wahlperiode sind wir mit dem Projekt Grassroots gestartet und wir
62 planen, dieses auch in der Zukunft intensiv fortzusetzen. Der Titel “Wir bauen unsere
63 Grassroots auf” bedeutet dabei nicht nur dass wir mehr neue Mitglieder durch die
64 Umsetzung des Projektes gewinnen möchten, sondern auch dass wir Jusos die bereits
65 Mitglieder sind reaktivieren und eingeschlafene Unterbezirke neu gründen und
66 reaktivieren.

67 Im Zuge des Grassroots Projektes werden wir weiterhin Regionale Treffs organisieren
68 und die Regionalgruppen: Jusos Oberbayern Nord; Südostoberbayern; Oberbayern West;
69 Oberland und Oberbayern Zentrum dabei unterstützen **die Treffs** der jeweiligen Regionen
70 **einmal im Quartal** zu organisieren. Die regionalen Treffen könnten immer
71 unterschiedlich gestaltet werden und für Brainstorming der Antragsideen,
72 Vorbesprechung der Bezirkskonferenzen und gemeinsame Vorbereitung der Veranstaltungen
73 und Aktionen mit Außenwirkung genutzt werden.

74 Gegründete Regionalgruppen sind auch dafür da, den Neumitglieder, im Fall der

75 inaktivität der eigener Unterbezirke, eine Möglichkeit zu geben, um in den Verband
76 gut anzukommen und von der Regionalgruppe und benachbarten Unterbezirken die
77 notwendige Unterstützung zu erhalten, um die Strukturen vor Ort zu stärken bzw. neu
78 aufzubauen.

79 Unser wichtigstes Ziel für das Ende kommender Wahlperiode ist es, zusammen mit den
80 Regionalgruppen, dafür zu sorgen dass wir in allen Unterbezirken aktive Juso
81 Strukturen haben bzw. aufbauen, mit höchster Priorität bei den Unterbezirken
82 Landsberg am Lech, Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau, Altötting und
83 Berchtesgadener Land.

84 **(Neu-)mitgliederarbeit**

85 Als Bezirk werden wir einen Mitglied des Bezirksvorstandes als
86 **Neumitgliederbeauftragte*n** wählen. Neumitgliederbeauftragte*r wird die
87 Hauptverantwortung dafür haben, die Neumitgliederseminare zu organisieren und auch
88 niederschwellige Neumitgliedertreffs mit der Zusammenarbeit mit bereits eingeführten
89 Regionalgruppen - sog. Grassroots - zu organisieren.

90 Als Bezirk planen wir im kommenden Jahr **ein zentrales Neumitgliederseminar** im Sommer
91 zu organisieren und dieses mit der Durchführung der außerordentlichen Sommer-
92 Bezirkskonferenz zu verbinden. Somit wollen wir unseren Neumitgliedern nicht nur die
93 Möglichkeit anbieten unsere Grundwerte und Strukturen kennenzulernen, sondern auch
94 mit der Bezirkskonferenz in Kontakt mit den Jusos aus anderen Unterbezirken in
95 Oberbayern zu kommen und die Abläufe einer Konferenz mit dazugehöriger
96 Antragsberatung zu verinnerlichen.

97 Unsere regionalen Gruppen - sog. Grassroots - wurden in der letzten Wahlperiode
98 eingerichtet, um unsere Strukturen zu festigen und jedem Mitglied eine Möglichkeit
99 der Teilhabe und Engagement anzubieten, auch erst recht, wenn die Strukturen im
100 Unterbezirk passiv sind. Aus diesem Grund wird die/der Neumitgliederbeauftragte*r des
101 Bezirkes beauftragt zusammen **mit jeder einzelnen Regionalgruppe jeweilseinen**
102 **Neumitgliedertreff** in der kommenden Wahlperiode zu organisieren.

103 Zusammen mit unseren Hauptamtlichen, unserer Geschäftsstelle und der SPD Oberbayern
104 möchten wir einen klaren und strukturierten **“Weg des Ankommens der Neumitglieder”**
105 festlegen und diesen in der zukünftigen Arbeit aktiv anwenden. Dieser Weg soll
106 feststellen wie wir als Bezirksvorstand auf die neue Beitritte frühzeitig reagieren
107 können, über diese neue Beitritte unsere Unterbezirke rechtzeitig informieren können
108 bzw. wenn die Unterbezirke in den Fällen nicht existieren oder passiv sind, wir neue
109 Mitglieder auf die jeweilige Regionalgruppen und deren Betreuer*innen verweisen und
110 somit frühzeitig einbinden.

111 Als Bezirk wollen wir die Informationen darüber erhalten, in welchen Unterbezirken
112 und Kommunen wir neue Mitglieder gewinnen, um das aber erreichen zu können, müssen
113 wir einen Reformprozess mit der SPD Oberbayern und unseren Hauptamtlichen starten.
114 Nach der Klausur des neuen Bezirksvorstandes werden wir aus diesem Grund eine **“**
115 **Arbeitsgruppe (Neu-)mitgliederaktivierung”** mit der SPD Oberbayern einberufen - die
116 einen Datenschutzkonformen Prozess ausarbeiten wird, mit welchen unsere (Neu)-
117 mitgliederarbeit als Verband erleichtert und klar strukturiert wird. Zusätzlich

118 werden wir in dieser Arbeitsgruppe auch die Errichtung einer datenschutzkonformen
119 Mitgliederdatenbank der Jusos Oberbayern überprüfen und im Fall einer Einigung auch
120 einrichten.

121 Neumitgliederbeauftragte*r wird außerdem beauftragt alle neue Mitglieder innerhalb
122 eines Monats des Beitritts, mit einer **Begrüßung und Willkommens E-Mail** zu erreichen,
123 mit welcher der Hinweis auf unsere Strukturen, Anbindungsmöglichkeiten, die
124 Ansprechperson des eigenen Unterbezirks und kommende Termine gegeben wird. Der sog.
125 **“Weg des Ankommens der Neumitglieder” & Konzepte zur Aktivierung und Betreuung von**
126 **Mitgliedern** werden in einem Papier von dem Bezirksvorstand und der
127 Neumitgliederbeauftragte*n zusammengefasst und als **How To Do Manual** für die
128 zukünftigen Generationen der Jusos in Oberbayern zur Verfügung gestellt.

129 Strukturen ändern sich, sowie unsere Mitgliederzahlen, um dem Trend des Rückgangs der
130 Mitgliederzahlen als Bezirksvorstand entgegenzuwirken müssen wir zusammen mit der SPD
131 neue und effiziente Strukturen und Prozesse aufbauen, die darauf ausgerichtet sind,
132 auch eine kleinere Anzahl an Mitgliedern effizienter und perspektivisch nachhaltiger
133 in die Prozesse des Verbandes einzubinden. Strukturen der SPD von Morgen hängen stark
134 davon ab, wie wir als Jusos Oberbayern unsere Arbeit von heute durchführen, wie wir
135 neue Mitglieder gewinnen und diese in den Strukturen aufbauen. Aus diesem Grund ist
136 es von entscheidender Bedeutung, dass wir den Prozess der Mitgliedergewinnung und -
137 aktivierung gemeinsam angehen.

138 **Inhaltliche- und Bildungsarbeit**

139 Um unsere inhaltliche und Bildungsarbeit vorbereiten zu können, werden wir als
140 Bezirksvorstand thematischen Arbeitskreise in der konstituierenden Sitzung des
141 Bezirksvorstandes gründen. Mit jedem Arbeitskreis wird ein Hauptprojekt des Jahres
142 verbunden sein. Alle Arbeitskreise werden verbandsöffentlich gestaltet aber vom
143 jeweiligen stellv. Vorsitzende*n betreut werden. Mit der Organisation der
144 thematischen Fachtagungen und AK spezifischen Veranstaltungen machen wir damit
145 unseren Mitgliedern ein Bildungsangebot, durch welches wir alle Genoss*innen für die
146 Debatten und die Umsetzung unserer Beschlusslage in der Gesellschaft vorbereiten.

147 Der Bezirksvorstand wird folgende thematische Arbeitskreise gründen:

148 • **Gleichstellung & Feminismus**

149 Feminismus ist einer der Grundwerte der Jusos und trotzdem fehlen uns weibliche und
150 TINA* Mitglieder, was zu einer Mehrbelastung der aktiven FINTA* (Frauen, Inter-,
151 Nicht-Binäre, Trans- und Agender-Personen) führt. Deshalb werden wir weiterhin
152 anstreben, unsere Neumitgliederarbeit mit dem Fokus auf Gleichstellung zu setzen. Die
153 **Gleichstellungskonferenz**, als die wichtigste Konferenz der Jusos Oberbayern, wird
154 weiterhin als wichtigste Bildungsveranstaltung organisiert, um allen und vorallem
155 Neumitgliedern die Grundlagen des Feminismus und dabei intersektionale sowie
156 materielle Perspektiven vorzustellen.

157 Für alle **FINTA*** unseres Verbandes werden wir **Netzwerk Treffen** organisieren, um somit
158 auch einen Safer Space zu etablieren. Die **FINTA*** Vernetzungen werden von der
159 Gleichstellungsbeauftragten organisiert und betreut. Solche Vernetzungen werden ein

160 Raum des empowerments, der Debatte und gegenseitiger Unterstützung für alle FINTA*
161 sein. Diese Vernetzungen sollen im Wechsel vor Ort und digital stattfinden und
162 inhaltliche Schwerpunkte haben, aber auch offen für Impulse der Gruppe sein.

163 Wir wollen den Feminismus aber auch auf die Straßen tragen und Genoss*innen in ganz
164 Oberbayern gemäß der Doppelstrategie bei feministischen Demonstrationen,
165 Gegenprotesten und ganz besonders bei Christopher-Street-Days und Pride
166 Veranstaltungen unterstützen. Zusätzlich werden wir noch für den **Equal Pay Day** und
167 den 25. November - **den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen**
168 Aktionen planen.

169 Das **Awareness Team** wird weiterhin als erste Anlaufstelle für
170 Diskriminierungserfahrungen dienen. Gleichzeitig soll eine Reflexion über die
171 aktuellen Awareness Strukturen angestoßen werden, um zu prüfen, ob es sinnvolle
172 Alternativen und Ergänzungen zu diesem gibt. Den **Prozess der Reflexion** werden wir
173 mit der Unterstützung des Landesverbandes, der ein eigenes Awareness Konzept
174 erstellt, durchführen.

175 • **Sozialismus & Finanzen**

176 Finanzen und Steuer, die Diskussionen über Fiskal- und Geldpolitik sind oft ein
177 Thema, über welche sehr wenige, sehr große Diskussionen führen. Dieses wollen wir in
178 unseren Strukturen ändern und in unserem Verband einen Raum allen Mitgliedern
179 anbieten über Steuerpolitik, Finanzen, Wirtschaft und der MMT aus einer
180 sozialistischer Perspektive zu lernen, um anschließend selber in der Lage zu sein,
181 fundierte Analysen zu machen und inhaltliche Positionen auszuarbeiten. Deswegen
182 werden wir in der kommenden Wahlperiode ein Hauptprojekt, das Seminar **Finanzen,**
183 **Wirtschaft und Wir** organisieren, wo wir über die Konzepte einer sozialistischen
184 Finanz- und Wirtschaftspolitik diskutieren werden. Außerdem werden wir ein
185 **Bildungsseminar** anbieten, wo wir uns mit dem **ABC des Kapitalismus** beschäftigen werden
186 und dem ganzen Verband dadurch die Grundlagen der marxistischen Analysen näher
187 bringen möchten. Im kommenden Jahr wird sich der Arbeitskreis auch dafür einsetzen,
188 eine Lesung und Diskussion des Buches **“Der Sozialismus der Zukunft”** auf die Beine zu
189 stellen.

190 • **Antifa, Gedenken und Geschichte**

191 Gedenken und Erinnern heißt Kämpfen. Mit dem Arbeitskreis werden wir
192 **Gedenkveranstaltungen** an nationalsozialistische oder rechte Verbrechen in unserem
193 Bezirk mit den Bündnispartner*innen besuchen und bei der Organisation unterstützen.
194 Dabei werden wir Veranstaltungen zum Gedenken in der KZ-Gedenkstätte Dachau, der
195 Euthanasiemorde der NS in Gabelsee und Haar, der Penzberger Mordnacht, der
196 Todesmärsche in Landsberg am Lech, Bad Tölz und Mühldorf, sowie der Zwangsarbeit
197 besuchen. Zusammen mit unseren Schwesterorganisationen in Österreich, möchten wir
198 außerdem an der Zentral-Gedenkveranstaltung zur Befreiung vom KZ Mauthausen mit einer
199 Delegation der Jusos Oberbayern teilnehmen.

200 Eines der Hauptprojekte des Arbeitskreises wird die Organisation des
201 **Geschichtsseminars** sein, wo wir über unsere Geschichte und unsere Kämpfe als Jusos in

202 Oberbayern und Bayern lernen werden und dabei den Bezug zu der Novemberrevolution in
203 Bayern und weiteren Ereignissen aufbauen. Wir werden zusätzlich jede Versammlung in
204 ganz Oberbayern gegen die Präsenz der Rechtsextremisten unterstützen und an der Seite
205 unserer Unterbezirke in der Organisation solcher Versammlungen stehen.

206 • **Transformation**

207 Sozial-ökologische Transformation ist eines der wichtigsten Themen für den Standort
208 Oberbayern. Wie schaffen wir es, nachhaltige Energiequellen auszubauen, die
209 Fachkräfte für die Region zu sichern, Auszubildenden einen garantierten Arbeitsplatz
210 zu geben und gute Infrastruktur auszubauen? Alle diese Fragen möchten wir zusammen
211 mit unseren Bündnispartner*innen angehen, für unsere beschlossenen Juso Initiativen
212 werben und deren Umsetzung in Oberbayern verlangen. Eine zentrale Veranstaltung
213 dieses Arbeitskreises wird die Fachtagung mit der Gewerkschaftsjugend über die
214 Sicherung der Arbeitsplätze und dadurch auch der systemrelevanten Industrie in
215 Oberbayern sein. Außerdem werden wir mit dem Arbeitskreis in Austausch mit
216 erfolgreichen Projekten der sozial-ökologischen Transformation im Bezirk kommen und
217 Diskussionen über konkrete Umsetzungen der Projekte vor Ort eröffnen.

218 • **Kommunales & Regionales**

219 Oberbayern als Bezirk besteht aus Kommunen und Landkreisen, die thematisch sehr
220 unterschiedliche Schwerpunkte haben. Während für einige Landkreise das Thema
221 Tourismus am wichtigsten ist, ist es für andere Landwirtschaft bzw. Wohnen und
222 Industrie. Wir möchten als Jusos aber in jedem Unterbezirk und Landkreis zu den dort
223 präsenten Themen sprachfähig sein und aus diesem Grund werden wir in diesem
224 Arbeitskreis unsere Genoss*innen aus allen Unterbezirken für vor Ort stattfindende
225 Debatten und Themen und somit auch für die kommende Kommunalwahl (im März 2026)
226 vorbereiten.

227 Das Hauptprojekt dieses Arbeitskreises wird die Organisation der **Kommunalschule** sein,
228 die alle oberbayerische Wahlkämpfer*innen und Kandidat*innen zusammenbringen wird. In
229 diesem Bereich werden wir auch besonders unserem Landesverband zur Seite stehen und
230 bei der **Umsetzung der Landeskampagne für die Kommunalwahl 2026** unterstützen. In
231 Vorbereitung für die Kommunalwahl werden wir das Angebot des Landesverbandes
annehmen

232 und **Rufseminare mit den kommunalen Schwerpunkten** organisieren, die thematisch für die
233 einzelnen Unterbezirke bzw. Regionalgruppen (Grassroots) zugeschnitten sind.

234 • **Internationales**

235 Internationales, als eines unserer Grundwerte, wird auch im kommenden Jahr einen
236 besonderen Part unserer Arbeit ausmachen. Der Arbeitskreis Internationales wird das
237 Hauptprojekt **Europakonferenz im Mai**, anlässlich des Europatages, organisieren. Die
238 Europakonferenz wird dafür genutzt, um nicht nur über die aktuellen Entwicklungen in
239 Europa und der EU zu sprechen, sondern auch über die Grundlagen der europäischen
240 Politik und des Systems. Es reicht dabei nicht aus, sich mit der Zukunft Europas ein
241 paar Monate vor der Europawahl zu beschäftigen, sondern konsequent jedes Jahr
242 Diskussionen über ein solidarisches Europa - mit dem Schwerpunkt auf den Ausbau

243 demokratischer Strukturen, mehr Verantwortung und Zuständigkeiten in der
244 Sozialpolitik, Erreichung der gemeinsamen Klimaziele, sowie Schaffung einer
245 friedlicheren Welt und Nachbarschaft.

246 Mit unseren Schwesterverbänden im Alpenraum, explizit Tirol, Salzburg und Südtirol,
247 werden wir stabilere und intensivere Strukturen, den **Internat - Tisch** schaffen, die
248 wir für einen stetigen Austausch und gegenseitige Unterstützung nutzen können. Unsere
249 Herausforderungen sind grenzübergreifend, somit müsste es unsere Solidarität und
250 gegenseitige Unterstützung auch sein.

251 **Bündnisarbeit**

252 Austausch und die Zusammenarbeit mit den Bündnispartner*innen und Errichtung neuer
253 Bündnisse wird einer der wichtigsten Bestandteile unserer Arbeit im kommenden Jahr
254 sein. Mit den traditionellen Bündnispartner*innen wie Gewerkschaftsjungen, den Falken
255 und dem Jugendwerk der AWO und weiteren wie der THW Jugend in Oberbayern und der
256 jungen ABL, möchten wir Austauschtermine und gemeinsame Veranstaltungen organisieren,
257 mit welchen wir versuchen werden eine gemeinsame Erzählung aufzubauen, um dadurch
258 auch junge Menschen in unserem Bezirk erreichen zu können.

259 Eine gemeinsame, sozialistisch geprägte, Erzählung, die ein Hauptziel haben wird,
260 jungen Menschen zu zeigen, dass man mit uns für eine andere Zukunft kämpfen kann,
261 eine Zukunft, die hoffnungsvoll, greifbar und gerechter ist.

262 **Öffentlichkeitsarbeit & Kampagnen**

263 Eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit ist zentral, um unsere politischen Ziele,
264 Werte und Forderungen effektiv und wirksam in die Gesellschaft zu tragen. Daher
265 möchten wir in den kommenden Monaten folgende Maßnahmen und Strukturen umsetzen:

266 • **Kampagnenplanung**

267 Wir wollen Kampagnen zu relevanten politischen und gesellschaftlichen Themen
268 initiieren, die junge Menschen direkt ansprechen. Themen könnten beispielsweise
269 Bildungsgerechtigkeit, Klimaschutz oder soziale Gleichstellung sein. Unsere Kampagnen
270 sollen klar, kreativ und zielgerichtet sein, um maximale Reichweite und
271 Aufmerksamkeit zu generieren. Dies umfasst sowohl Online- als auch Offline-Aktionen,
272 wie Demonstrationen, Infostände, kreative Flashmobs und Social-Media-Challenges.
273 Diese Kampagnen sollten den Unterbezirken eine einfache Möglichkeit bieten, diese
274 anzuwenden, dabei werden wir aber allen Unterbezirken als Unterstützung zur Seite
275 stehen.

276 • **Social Media Arbeit**

277 Wir werden in unserer Arbeit eine Kombination verschiedener Kommunikationskanäle
278 anwenden. Plattformen wie Instagram werden weiterhin genutzt und **TikTok** das erste Mal
279 eingesetzt, um gezielte Beiträge, Stories und Kurzvideos zu veröffentlichen. Unser
280 Instagram-Account ist eines unserer wichtigsten Werkzeuge, um junge Menschen zu
281 erreichen. Wir möchten mindestens **einmal wöchentlich eigene Inhalte posten**, die
282 aktuelle politische Themen aufgreifen, aber auch unsere Aktivitäten zeigen.
283 Zusätzlich werden wir eine umfassende **Posting-Planung etablieren**, um regelmäßige und

284 qualitativ hochwertige Inhalte sicherzustellen mit den Themen wie: aktuelle Politik,
285 Behind-the-Scenes-Einblicke, Kampagnenberichte und interaktive Formate (z. B.
286 Umfragen).

287 Wir werden eine **Social-Media-Arbeitsgruppe** einrichten, an der alle interessierten
288 Jusos aus den Unterbezirken teilnehmen können. Ziele der Arbeitsgruppe sind die
289 gemeinsame Erstellung von Inhalten und regelmäßige Colab-Posts, gezielte
290 Themensetzung durch Austausch und Workshops, um Kompetenzen in Social Media und
291 Öffentlichkeitsarbeit weiterzuentwickeln. Mit diesen Maßnahmen wollen wir die
292 Sichtbarkeit unserer Arbeit deutlich erhöhen, junge Menschen aktiv einbinden und
293 unsere politischen Ziele nachhaltig kommunizieren.

294 • **Pressearbeit**

295 Wir werden eine aktive Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Medien aufbauen, um
296 unsere Themen und Veranstaltungen in Print- und Online-Medien zu positionieren. Dafür
297 werden wir ein **Presseverzeichnis des Bezirkes Oberbayern** erstellen, in dem wir alle
298 nützlichen Kontaktdaten der Lokal- und Regionalpresse sammeln werden. Wir werden
299 außerdem eine umfassende **Pressemappe** erstellen, die Journalist*innen einfach und
300 schnell Zugriff auf wichtige Informationen über uns bietet. Diese soll folgende
301 enthalten: Vorstellung der Jusos und unserer Arbeit; Kommunikationsbeauftragte und
302 weitere Mitglieder des BeVos als Kontaktpersonen für die Presse; Aktuelle Positionen
303 und Forderungen und Bildmaterial für Presseveröffentlichungen. Die Pressemappe soll
304 sowohl digital als auch in gedruckter Form verfügbar sein.

305 **Vor-Ort-Aktionen** spielen für die Wahrnehmung der Jusos in der Region eine
306 entscheidende Rolle. Diese Aktionen hängen aber auch stark davon ab, ob unsere
307 Regionalgruppen bzw. Unterbezirke solche Aktionen planen. Wir werden als Bezirk immer
308 für Flyer Aktionen, Infostände und Plakate zur Verfügung stehen und Unterbezirke bei
309 der Organisation unterstützen.

310 **Unsere Webseite** soll als zentrale Informationsplattform dienen. Um die Transparenz
311 und Übersichtlichkeit zu erhöhen, werden wir alle Termine – auch die der einzelnen
312 Unterbezirke – klar und aktuell auf der Webseite veröffentlichen und Berichte über
313 vergangene Aktionen sowie Ressourcen (z. B. Dokumente und Positionspapiere) dort
314 zentral bündeln.

315 **Ausblick und Schlussfolgerungen**

316 Das vergangene Jahr haben wir wieder einige Wechsel im Bezirksvorstand zur
317 Jahreshälfte vornehmen müssen. Auf der Bezirkskonferenz am 21. Juli 2024 haben wir
318 gesagt dass wir endlich eine Stabilität dem Verband und allen Genoss*innen geben
319 möchten. An diesem Versprechen planen wir weiterhin festzuhalten und trotz der
320 kommenden herausfordernden politischen Zeiten und personellen Umbrüchen, trotz allem,
321 als Bezirksvorstand ein Stabilitäts- und Ruhepol unseres Verbandes werden.

322 Wir wollen immer verlässlich an der Seite der einzelner Unterbezirke und des
323 Landesverbandes stehen und bei der Umsetzung einzelner Projekte, Veranstaltungen aber
324 auch Behebung der strukturellen Probleme unterstützen.

325 Wir sehen uns in der Verantwortung gegenüber diesem Verband und aller Mitglieder,

- 326 immer ein offenes Ohr für alle Themen und Probleme zu haben. Aus Verantwortung, aber
327 vor allen jungen Menschen in Oberbayern, möchten wir alle die Türe zu einer jungen
328 linken Bewegung öffnen, die nie aufhören wird, für eine solidarische, gerechte und
329 inklusive Gesellschaft zu kämpfen.
- 330 Eine Gesellschaft in der wir alle das sein können, was wir möchten, eine Gesellschaft
331 in der nicht eine laute Stimme vorschreibt, was möglich ist, sondern die Stimmen
332 aller dafür sorgen, dass die kapitalistischen Barrieren eingerissen werden.
- 333 Wir werden für eine hoffnungsvolle Perspektive aller jungen Menschen kämpfen.
334 Kämpfen, weil wir es anders nicht kennen, kämpfen, weil es für etwas zu kämpfen gibt,
335 und weil jegliche Verachtung der Menschenwürde und Normalisierung der Ungerechtigkeit
336 gegenüber einer bestimmten Gruppe, eine Bedrohung für UNS ALLE ist.
- 337 Jeden Tag, vor und nach der Wahl, müssen wir kämpfen, denn wer nicht kämpft, hat
338 schon verloren!
- 339 **Smrt fašizmu, sloboda narodu!**

Antrag B01: Queerer Aufklärungsunterricht

Antragsteller/in:	Jusos Pfaffenhofen, Jusos Freising
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Bezirksparteitag der SPD
- 2 Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag der BayernSPD
- 3 Wir fordern, dass
- 4 - dass Aufklärung über queere Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten verpflichtend
- 5 ab der 4. Klasse in den bayrischen Lehrplan aufgenommen werden
- 6 - dass queere Aufklärung unter anderem in Form von Projektstunden/-tagen stattfindet
- 7 und über die Schuljahre verschiedene Themenschwerpunkte, die sich am Alter
- 8 orientieren, gesetzt werden
- 9 - dass die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen und Organisationen, die sich mit
- 10 queerer Aufklärung auseinandersetzen und Seminare und Schulprojekte zum diesem Thema
- 11 anbieten, gefördert wird, besonders der Austausch mit Rolemodels soll dabei eine
- 12 wichtige Stellung einnehmen
- 13 - dass Vereine und Organisationen, die sich mit queerer Aufklärung beschäftigen,
- 14 schneller und einfacher als gemeinnützig anerkannt werden können
- 15 - dass Vereine, die in im Zusammenhang mit Sexualkunde und Aufklärung mit Schulen
- 16 kooperieren, darauf geprüft werden, ob diese queerfeindliche Werte und Inhalte
- 17 vermitteln und dass auf Basis dieser Prüfung die Kooperation unterbunden werden kann
- 18 - dass Lehrkräfte diesbezüglich fortgebildet und sensibilisiert werden und dabei
- 19 nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Gesprächsführung sowie der Methodik
- 20 geschult werden. Die Fortbildungen sollen auch den sensiblen Umgang mit queeren
- 21 Schüler*innen beinhalten und unabhängig von der Fächerkombination sein.

Begründung

In Bayern ist es nach wie vor stark von den Lehrkräften und von der Schule abhängig, in wie weit das Thema Queerness um schulischen Aufklärungs- und Sexualkundeunterricht Platz findet oder überhaupt angesprochen wird. Oft stehen nur heteronormative Beziehungen zwischen Menschen im Fokus und nicht-cis-geschlechtliche Geschlechtsidentitäten finden keinerlei Beachtung.

Dies führt einerseits dazu, dass sich Vorurteile gegen queere Menschen schnell verhärten und Queerfeindlichkeit nicht entgegengewirkt wird. Andererseits werden queere Jugendliche und solche, die in der Pubertät ihre eigene Sexualität und Geschlechtsidentität hinterfragen, mit ihren Gedanken und Gefühlen alleingelassen. So entsteht auch das Problem, dass Schulen und Klassenzimmer sich nicht zu einer Umgebung entwickeln, in der sich alle Schüler*innen akzeptiert

und verstanden sind.

Nach unserem Verständnis ist es unabdingbar, dass eine queere Perspektive gleichberechtigt und in gleichermaßen verpflichtend in den schulischen Aufklärungsunterricht einfließen muss.

Um diesem Grundsatz der Gleichbehandlung gerecht zu werden, ist es als absolute Grundlage notwendig, dass die Behandlung von Queerness ein verpflichtender Bestandteil des Aufklärungsunterrichts wird und dass es nicht mehr im Ermessen der Lehrkräfte und Schulen liegt, wie oder ob darüber überhaupt gesprochen wird.

Die wertvollste Arbeit in diesem Bereich leisten momentan Vereine und Organisationen wie beispielsweise „Diversity München e.V.“, die auf Anfrage Workshops an Schulen zum Thema Queerness anbieten. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Vereinen und Bildungseinrichtungen zu gewährleisten, sehen wir es als essentiell an, solche Initiativen und deren Zusammenarbeit mit Schulen konkret zu fördern.

Auch bisher werden von Schulen bereits Vereine für den Sexualkundeunterricht herangezogen. Hierbei kommt es regelmäßig vor, dass sich Organisationen (wie z.B. der von einer christlichen Missionarin gegründete „Teenstar“), die verdeckt oder offen das angeblich „traditionelle Familienbild“ bevorzugen oder sogar queerfeindliche Ansichten vertreten und aktiv die Gleichstellung von queeren Menschen entgegenwirken. Deshalb muss sichergestellt werden, dass externe Partner darauf geprüft werden, ob sie dem Anspruch gerecht werden, alle Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten gleich behandelt werden und die Möglichkeit gegeben sein, eine Kooperation mit solchen Vereinen zu verbieten.

Antrag I02: Schengen oder Scheitern – Gegen Grenzschießungen, für ein vereintes Europa!

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	I - Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos
- 2 Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag
- 3 Die Versammlung möge beschließen:
- 4 1925 beschloss die SPD im Heidelberger Programm. Es bildet einen zentralen
- 5 Bestandteil der Wertebasis der SPD. Es verpflichtet die Partei zur Überwindung
- 6 nationaler Grenzen, zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und zur Bildung
- 7 der Vereinigten Staaten von Europa. Schon damals erkannte die SPD, dass Solidarität
- 8 und der Abbau von Grenzen entscheidend sind, um Frieden und Gerechtigkeit zu sichern.
- 9 Diese internationalistische Tradition der SPD ist heute wichtiger denn je. In einer
- 10 Zeit, in der Nationalismus wieder an Boden gewinnt und Faschist*innen die Demokratie
- 11 gefährden, dürfen wir nicht die Grundwerte des Heidelberger Programms vergessen.
- 12 Knapp 100 Jahre später entschließt sich nun eben eine Sozialdemokratin, diese
- 13 Grundwerte zu verwerfen.
- 14 Wir Jusos als Internationalist*innen verurteilen daher die Entscheidung der
- 15 Bundesregierung durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser und damit Teilen der SPD, am
- 16 16.09.2024 Grenzkontrollen an deutschen Grenzen wieder einzuführen, scharf. Diese
- 17 Maßnahme stellt einen klaren Bruch mit den Grundwerten des Schengen-Abkommens dar
- 18 und
- 19 gefährdet die europäische Idee von Freiheit und Solidarität. Sie widerspricht nicht
- 20 nur der europäischen Integration, sondern auch den grundlegenden Prinzipien der
- 21 internationalen Zusammenarbeit, für die die SPD stets eingetreten ist. Darüber hinaus
- 22 gefährden solche Grenzkontrollen den europäischen Binnenmarkt, der für Deutschland
- 23 und seine exportorientierte Wirtschaft von enormer Bedeutung ist. Als Partei, die
- 24 sich der Überwindung von Grenzen zwischen Völkern und Staaten verpflichtet hat, darf
- 25 die SPD solche Alleingänge nicht dulden.
- 26 Die Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen sind ein beunruhigendes Zeichen für eine
- 27 Rückkehr zu nationalen Egoismen, die Europa schwächen und spalten. Diese Maßnahme ist
- 28 reine Symbolpolitik, und die geplanten Zurückweisungen von Asylsuchenden an der
- 29 Grenze verstoßen eindeutig gegen geltendes europäisches und internationales Recht.
- 30 Alleingänge wie diese führen zu einem Rückschritt in nationalistische Denkmuster, die
- 31 die europäische Einigung gefährden.
- 32 Schengen ist nicht nur ein technisches Abkommen, sondern der Inbegriff des freien

32 Personenverkehrs und der europäischen Solidarität. Die heftige Kritik unserer
33 Nachbarstaaten, die über Faesers Pläne nicht rechtzeitig informiert wurden,
34 verdeutlicht, wie sehr dieses Vorgehen das Vertrauen innerhalb der EU belastet. Wenn
35 wir zulassen, dass Mitgliedstaaten wie Deutschland eigenmächtig Grenzkontrollen
36 einführen, riskieren wir, der europäischen Idee nachhaltig zu schaden.
37 Wir fordern daher eine Rückkehr zu den ursprünglichen Vereinbarungen des Schengen-
38 Abkommens. Nationale Alleingänge, wie sie durch die Grenzkontrollen Deutschlands
39 angestoßen wurden, müssen verboten werden. Ein vereintes Europa kann nur
40 funktionieren, wenn alle Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen. Verstöße gegen diese
41 Prinzipien müssen durch die EU-Institutionen konsequent verfolgt werden.

42 **Deshalb fordern wir die SPD auf:**

43 **1. Keine Grenzkontrollen innerhalb Europas!**

44 Die Bundesregierung muss die
45 Entscheidung vom 16.09.2024 revidieren und sich verpflichten, sowohl jetzt als
46 auch in Zukunft auf innereuropäische Grenzkontrollen zu verzichten. Statt auf
47 nationale Alleingänge zu setzen, muss die Bundesregierung die Prinzipien des
48 freien Personenverkehrs innerhalb Europas aktiv verteidigen und
49 Grenzsicherungen als Mittel der Krisenbewältigung kategorisch ausschließen.

50 **2. Verbot nationaler Alleingänge!**

51 Die SPD muss sich auf europäischer Ebene dafür
52 einsetzen, dass Mitgliedsstaaten künftig keine eigenmächtigen Grenzsicherungen
53 oder Grenzkontrollen durchführen dürfen. Nationale Alleingänge gefährden den
54 Zusammenhalt der EU und müssen unterbunden werden.

55 **3. Solidarität statt Isolation!**

56 Wir fordern eine europäische Migrationspolitik, die
57 auf Solidarität und Verantwortungsteilung basiert, statt auf nationalistischen
58 Alleingängen. Alle Mitgliedstaaten müssen ihrer Verpflichtung zur Zusammenarbeit
59 nachkommen.

60 **4. Internationalismus statt Nationalismus!**

61 Die SPD muss ihrer internationalen und
62 sozialdemokratischen Tradition gemäß handeln, wie sie im Heidelberger Programm
63 festgelegt ist. Nationalistische Tendenzen, die durch Grenzsicherungen befeuert
64 werden, widersprechen den Grundsätzen der SPD und dürfen nicht toleriert werden.

65 **5. Mehr Europa wagen!**

Wir fordern die SPD auf, die europäische Integration voranzutreiben und ein starkes, geeintes Europa zu verteidigen. Die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit ist der Schlüssel, um globale Herausforderungen wie Migration, Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit solidarisch zu bewältigen.

Antrag INI01: Solidarität mit Lisa Pöttinger! Gegen politische Berufsverbote!

Antragsteller/in:	Jusos Freising
Unterstützer/innen:	Nadin Rausch (Jusos München), Anes Hasanbegovic (Jusos München), David Machenschalk (Jusos Ebersberg), Christoph Zimmermann (Jusos München-Land)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:**
- 2 Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern
- 3 Landeskonferenz der Jusos Bayern
- 4 Bezirkskonferenz der SPD Oberbayern
- 5 Landeskonferenz der SPD Bayern

6

Beschluss:

- 7 Die Jusos Oberbayern solidarisieren sich mit Lisa Pöttinger in Bezug auf das ihr
- 8 auferlegte Verbot, das Referendariat als angehende Lehrkraft anzutreten. Wir
- 9 verurteilen die Praxis, Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst lediglich auf
- 10 Basis von Aussagen, welche klar von der Verfassung gedeckt sind, und aufgrund ihrer
- 11 politischen Aktivitäten oder Zugehörigkeiten zu sanktionieren.
- 12 Wir fordern außerdem:
- 13 • Betätigungsverbote im öffentlichen Dienst sollen nur möglich sein dürfen, wenn eine
- 14 klare und gerichtsfest nachgewiesene Verfassungsfeindlichkeit der betroffenen Person
- 15 vorliegt oder sie in einer nachgewiesenen verfassungsfeindlichen Organisation Mitglied
- 16 ist. Pauschale Annahmen oder die bloße Mitgliedschaft in demokratisch legitimierten
- 17 Organisationen dürfen nicht ausreichen.
- 18 • Die grundlegende Überarbeitung des „Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue“.
- 19 Zukünftig soll dieser tatsächlich nur demokratieschädigende Vereinigungen auflisten.
- 20 Kapitalismuskritische und antifaschistische Überzeugungen befinden sich nicht im
- 21 Konflikt mit dem Grundgesetz, Gruppierungen mit solchen Grundwerten sollen deshalb
- 22 von der Liste entfernt werden.**Begründung:**

23

Der Fall von Lisa Pöttinger, der das Referendariat aufgrund ihrer politischen

24

Aktivitäten verweigert wurde, erinnert an die Praxis der Berufsverbote, die

25

insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren in Bayern Anwendung fand. Damals wurden

26

zahlreiche Personen, darunter auch Mitglieder der Jusos, aufgrund ihrer politischen

27

Überzeugungen vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen.

28 Diese Praxis wurde später als Fehler anerkannt und führte zu Forderungen nach

29 Rehabilitierung der Betroffenen. Aktuelle Fälle wie der von Lisa Pöttinger zeigen

30 jedoch, dass ähnliche Mechanismen weiterhin bestehen.

31 Die Forderung nach klaren Nachweisen von Verfassungsfeindlichkeit bei

32 Betätigungsverboten soll verhindern, dass demokratisch engagierte Personen allein

33 aufgrund pauschaler Verdächtigungen oder ihrer Mitgliedschaft in politischen

34 Organisationen sanktioniert werden. Dies ist entscheidend, um Rechtsstaatlichkeit und

35 die politische Meinungsfreiheit zu garantieren.

36 Die ersatzlose Abschaffung des „Fragebogens zur Prüfung der Verfassungstreue“ ist

37 notwendig, da dieser Fragebogen demokratische Grundrechte wie das Recht auf

38 politische Betätigung in Frage stellt. Zudem hat sich diese Praxis als ineffektiv

39 erwiesen, insbesondere im Umgang mit rechtsextremen Strukturen. Rechtsextreme

40 Personen und Organisationen sind bekannt dafür, ihre Überzeugungen bewusst zu

41 verschleiern und gezielt unauffällig aufzutreten. Fälle wie die rechtsextremen

42 Netzwerke im Staatsdienst (z. B. bei Polizei oder Bundeswehr) zeigen, dass Fragebögen

43 kein wirksames Mittel sind, um verfassungsfeindliche Einstellungen aufzudecken.

44 Stattdessen trifft die Maßnahme oft Personen aus dem demokratischen Spektrum, deren

45 politische Betätigung transparent und innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens

46 stattfindet.

47 Eine demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft benötigt deshalb keine

48 pauschalen und willkürlichen Prüfmechanismen wie den „Fragebogen zur Prüfung der

49 Verfassungstreue“, sondern differenzierte und rechtsstaatlich überprüfbare Verfahren,

50 die tatsächliche Verfassungsfeindlichkeit nachweisen können.

51 Es ist unerlässlich, die Meinungsfreiheit und das Recht auf politische Betätigung zu

52 schützen und sicherzustellen, dass niemand aufgrund seines Engagements im Rahmen der

53 demokratischen Ordnung beruflich benachteiligt wird.

Antrag LAT01: Transformationsfonds zur Rentensicherung und sozial-ökologischen Transformation

Laufende Nummer: 721

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand
Status:	abgelehnt
Sachgebiet:	LAT - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat:innen:** Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos
- 2 Bayern, Bundeskongress der Jusos, Landeskonferenz der BayernSPD, SPD
- 3 Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 4 **Die Jusos Oberbayern fordern:** Die Einrichtung eines Transformationsfonds, der
- 5 langfristig sowohl die Rente sichert als auch die sozial-ökologische Transformation
- 6 der Wirtschaft finanziert. Mit diesem Fonds soll das Rentensystem um ein weiteres
- 7 gerechtes und nachhaltiges Standbein ergänzt werden, das gleichzeitig als Motor für
- 8 grünes Wachstum und Innovation dient.
- 9 Die Jusos Oberbayern bekennen sich entschieden zur umlagefinanzierten Rente als
- 10 Grundpfeiler der sozialen Sicherung in Deutschland. Dieses solidarische System stellt
- 11 sicher, dass jede*r im Alter abgesichert ist – unabhängig vom individuellen
- 12 Wohlstand. Doch wir sehen auch die bestehenden Ungerechtigkeiten: Während hohe
- 13 Einkommen sich über private Investitionen und Kapitalgewinne weiter bereichern,
- 14 bleibt der Großteil der Gesellschaft von dieser Form der Beteiligung an den
- 15 Produktionsmitteln ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. Deshalb fordern wir nicht
- 16 nur den Ausbau der gesetzlichen Rente zu einer echten Bürgerversicherung, in die alle
- 17 einzahlen – Angestellte, Selbstständige, Beamtinnen und Freiberuflerinnen. Wir wollen
- 18 auch einen Renten- und Transformationsfonds, der konsequent Umverteilung mit einer
- 19 nachhaltigen Transformation verbindet. Dieser Fonds schafft zusätzliches Kapital für
- 20 die sozial-ökologische Transformation und sorgt gleichzeitig für eine gerechte
- 21 Verteilung von Wohlstand. Während in der Vergangenheit vor allem die oberen 5 % von
- 22 privaten Investitionen in die Transformation profitiert haben, wird dieser Fonds
- 23 sicherstellen, dass langfristig die gesamte Gesellschaft – insbesondere die unteren
- 24 50 %, die bisher kein oder sogar negatives Vermögen besitzen endlich einen fairen
- 25 Anteil am wirtschaftlichen Fortschritt erhält.
- 26 **Finanzierung:** Für jedes Neugeborene soll eine Einmalanlage von 9.000 Euro erfolgen.
- 27 Diese tragen alle Arbeitgeber*innen in Deutschland gemeinsam mit dem Staat und den
- 28 Rentenkassen. Der Anteil der Arbeitgeber entspricht der Beschäftigungsquote in der
- 29 arbeitsfähigen Bevölkerung. Unter den Arbeitgebenden entfällt die Belastung
- 30 anteilig zu der Beschäftigtenzahl. Staat und Rentenkassen kommen anteilig für die
- 31 Kinder von Arbeitssuchenden und Rentner:innen auf. Die Umlage wird als jährlicher
- 32 Beitrag unabhängig von den Geburten im jeweiligen Unternehmen gestaltet, um werdende

33 Eltern am Arbeitsmarkt nicht zu diskriminieren und Soloselbstständige finanziell
34 nicht zu überfordern. Durch eine Verzinsung von durchschnittlich 5 % wächst das
35 angelegte Kapital über 67 Jahre bis zum Renteneintritt auf ein Vermögen von etwa
36 250.000 Euro. Dieses Kapital dient im Rentenalter mit einer zusätzlichen Auszahlung
37 von etwa 1.325 Euro monatlich für bis zu 30 Jahre zur finanziellen Absicherung von
38 allen Rentner:innen.

39 **Verwaltung und Investitionen:** Der Fonds soll von einer staatlichen Institution nach
40 dem Vorbild des Kenfo oder des norwegischen Staatsfonds verwaltet werden. Die
41 Investitionen werden in verschiedene Bereiche gestreut, um ein ausgewogenes
42 Risikoprofil und stabile Renditen zu gewährleisten. Dabei kann ausschließlich
43 zweckgebunden in folgende Projekte, die zur sozial-ökologischen Transformation
44 beitragen investiert werden:

- 45 • Risikokapital für grüne Startups, die innovative Lösungen zur Reduzierung von
46 CO₂-Emissionen in allen Branchen entwickeln.
- 47 • Unternehmensbeteiligungen zur Finanzierung von nachhaltigen Transformations-
48 Projekten, wie zum Beispiel den Umbau der Stahlindustrie hin zu grünem
49 Wasserstoff.
- 50 • Infrastrukturprojekte, darunter der Ausbau von Ladeinfrastruktur, Stromnetzen,
51 Wärmenetzen und kostenlosen ÖPNV.
- 52 • Ausbau von erneuerbaren Energien im In- und Ausland.
- 53 • Forschung und Entwicklung, insbesondere in Bereichen wie Energiespeicherung und
54 Kreislaufwirtschaft.

55 Diese Investitionen erfolgen ausschließlich in Unternehmen und Projekte, die die
56 höchsten Sozial- und Umweltstandards erfüllen, etwa durch Tarifbindung und
57 nachhaltige Betriebsführung. Die Fondsgesellschaft muss bei allen Projekten
58 sicherstellen, dass alle Stakeholder von der Investition profitieren. Besonders bei
59 Investitionen im Ausland, aber auch bei allen anderen Projekten muss die lokale
60 Bevölkerung eingebunden und am Erfolg beteiligt werden.

61 **Sicherheit und Rendite:** Die Sicherheit des Fondsvermögens und die damit verbundene
62 Sicherheit der Rentenzahlungen wird durch eine staatliche Garantie gewährleistet.
63 Eine Zielrendite von 5 % stellt sicher, dass das angelegte Kapital langfristig sowohl
64 die Rente der Anleger*innen sichert, als auch die Transformation der Wirtschaft
65 fördert.

66 Mit dem Transformationsfonds schaffen wir ein Instrument, das soziale Gerechtigkeit,
67 Generationengerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Der
68 Fonds bietet eine innovative Lösung für die Herausforderungen der Rentenfinanzierung
69 und treibt gleichzeitig die notwendige Transformation der Wirtschaft voran. Wir
70 fordern die SPD auf, sich auf allen politischen Ebenen für die Umsetzung dieses
71 Modells einzusetzen.

72

Antrag LAT02: Nutzungskonflikte erkennen, Naturschutz und Tourismus in Einklang bringen.

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	LAT - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos
- 2 Bayern, Bezirksparteitag der SPD Oberbayern, Landesparteitag der SPD Bayern
- 3 Für einige Teile Bayerns ist der Tourismus zunehmend als wichtiger Wirtschaftsfaktor
- 4 bekannt, da die Region als Erholungs- und Freizeitort für zahlreiche Besucher*innen
- 5 dient. Diese Entwicklung führt jedoch zu Nutzungskonflikten, da die Natur nicht nur
- 6 als Rückzugsort für die Menschen, sondern auch als wichtige Lebensgrundlage für
- 7 verschiedene Tier- und Pflanzarten betrachtet werden muss. Dabei geht es nicht nur um
- 8 den Schutz der Natur an sich, sondern auch um den Erhalt der natürlichen Ressourcen,
- 9 die für das Wohl und die Lebensqualität der Bevölkerung von enormer Bedeutung sind.
- 10 Die Übernutzung von beliebten Ausflugs- und Tourismusorten ist oft kein Novum und der
- 11 Aufschrei der Lokalbevölkerung ist etwas was wir ernst nehmen müssen. Gleichzeitig
- 12 sehen wir, dass die Berge und die Natur für alle da sein sollen und wollen gemeinsame
- 13 Lösungen finden. Um Konflikte zu lösen, müssen wir den Tourismus als einen
- 14 verträglichen Wirtschaftspfeiler weiterentwickeln, der sowohl den Bedürfnissen der
- 15 Lokalbevölkerung als auch der Freizeitnutzer gerecht wird. Ziel muss es sein, ein
- 16 Gleichgewicht zwischen der Förderung des Tourismus und dem Schutz von Natur und
- 17 Kultur zu finden, sodass der Tourismus als positiver Faktor für Wirtschaft, Kultur
- 18 und Naturverständnis in Bayern weiterhin gestärkt werden kann und wir einen Weg
- 19 finden müssen wie wir die wirtschaftliche Lebensgrundlage einiger Menschen in
- 20 Einklang mit Naturschutz bringen.
- 21 **Wohnungsnot wo andere Urlaub machen**
- 22 In Tourismusorten in Oberbayern verknappen Luxusferienwohnungen und
- 23 freizeitorientierte Zweitwohnsitze den Wohnraum, tragen damit essentiell zur
- 24 Preissteigerung von Mietwohnungen und Immobilienmarkt bei und verschärfen
- 25 sozioökonomische Disparitäten. Beispielsweise gehört der Landkreis Garmisch-
- 26 Partenkirchen deutschlandweit zu den zehn teuersten Landkreisen. Während das
- 27 Bruttomediangehalt deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt liegt. In der Gemeinde
- 28 Sachrang sind knapp die Hälfte der Wohnungen Zweitwohnsitze, die großteils vom Jahr
- 29 leer stehen und nicht zur regionalen Wirtschaft beitragen. Trotz der Einführung von
- 30 Zweitwohnsitzsteuern, gibt es immer mehr Investoren, die neue Luxuswohnungen im
- 31 Alpenvorland bauen, um maximalen Profit damit zu erwirtschaften. Wohnraum wird als
- 32 Kapitalanlage und touristische Ware gehandelt, auf dem Rücken der Menschen vor Ort.
- 33 Dabei wollen wir aber nicht weiter nur zusehen, sondern handeln und fordern:

34 Sicherung von bezahlbarem Wohnraum für die gesamte Region

- 35 • durch Ausweitung des regionalen Mietdeckel:
- 36 • durch differenzierte Genehmigungspflicht für die Nutzung von Immobilien als
- 37 Zweitwohnsitz
- 38 • durch eine konsequente Einhaltung eines Anteils von 40% an sozialverträglichen
- 39 Wohnraum bei der Vergabe des Baurechts.
- 40 • In stark von Immobilienpreissteigerungen belasteten Kommunen soll die
- 41 Unterbindung von Ferienwohnungsnutzungen in Wohngebieten angewandt und an dem
- 42 Vermögen und Haushaltseinkommen der Person gekoppelt werden.
- 43 • Aktives erwerben von zusätzlichen kommunalen Flächen, zur Anwendung von
- 44 genossenschaftlichen Wohnbaukonzepten durch Gründung einer kommunalen
- 45 Wohnbaugesellschaft

46 **Recht auf klimafreundliche Mobilität für Alle**

47 Mobilität vernetzt unsere Region. Sie ist Grundbestandteil unseres sozialen Lebens
48 und gleichzeitig trägt der Verkehrssektor im Jahr 2023 zu rund 22% der
49 Treibhausgasemissionen in Deutschland bei.

50 Der motorisierte Individualverkehr nimmt einen Anteil von 45% der Wege als
51 Hauptverkehrsmittel in Bayern ein (MiD 2027), während er in der Stadt München bei nur
52 24% liegt. Bei touristischen An- und Abreisen ist der Anteil mit 74% in Bayern noch
53 drastischer. Ein Vergleich der Verfügbarkeit an ÖPNV Angebot zwischen Stadt und Land
54 zeigt deutlich, dass Menschen in ländlichen Räumen auf Grund des unattraktiven
55 Angebots auf die Nutzung von PKWs angewiesen sind. Eine Fahrt von München Hbf zum
56 Jochberg dauert beispielsweise 1h mit dem Auto und 2h mit Bahn und Bus.
57 Ausflugsregionen im oberbayrischen Alpenvorland sind stark belastet durch die
58 Tagesreisende aus dem Großraum München, die mit dem Auto anreisen.

59 Für eine sozialökologisch gerechte Mobilitätsteilhabe braucht es Investitionen in
60 klimafreundliche Mobilität für ganz Oberbayern - für Bewohner*innen und
61 Ausflügler*innen. Daher fordern wir:

- 62 • Ausbau der Infrastruktur und des Angebots, bei der die Schiene, ÖPNV und
- 63 Radverkehr sollen die höchste Priorität haben und nicht der motorisierte
- 64 Individualverkehr, der mehr öffentliche Flächen beansprucht als sozial-
- 65 ökologisch verträglich
- 66 • Planungen und Angebot von ÖPNV und SPNV insbesondere an Wochenenden und
- 67 Feiertagen sollen mit echter Auslastung verbunden und ausgeführt werden (gleiche
- 68 Taktdichte am Wochen- wie Wochenendtagen)
- 69 • Elektrifizierung aller Bahnstrecken sowie die Nutzung elektrischer Antriebe für
- 70 den Busverkehr
- 71 • Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für den Ausbau des ÖPNV insbesondere in
- 72 ländlichen Regionen
- Kombitickets bzw. Rabatte für touristische Einrichtungen bei einer Anreise mit

73 dem ÖPNV

- 74 • Barrierefreiere Nutzungsmöglichkeit von SPNV und ÖPNV an jedem Zugangspunkt

75

76 **Arbeitnehmer*innen schützen**

77 Viele der Arbeitnehmer*innen in der Gastro und Touristikbranche werden nicht
78 ausreichend bezahlt und mit den befristeten Arbeitsverträgen als Saisonarbeiter*innen
79 unter Druck gesetzt. Diese Arbeiter*innen sind nicht Sozialversicherungspflichtig
80 angestellt, was auch dazu führt, dass die Rente und notwendige Versorgung nicht
81 gesichert ist.

82 Deshalb fordern wir:

- 83 • Verpflichtende rechtliche Beratung über Arbeitsrecht, Betriebsräte und
84 Gewerkschaften für die Arbeitskräfte aus dem Ausland, um durch vermehrte
85 Arbeitskämpfe bessere Tarifverträge und Arbeitsbedingungen zu erwirken

86 **Tourismus nachhaltig aufstellen**

87 Viele touristische Einrichtungen sind nicht auf Umweltverträglichkeit ausgelegt. Wir
88 stehen beispielsweise weiterhin zu unserem Verbot von Schneekanonen, da sie oft große
89 Wassermengen entnehmen und mit hohem Energieeinsatz die Profite einiger weniger
90 Unternehmer erhalten. Gleichzeitig sehen wir, dass der Tourismus gerade auch in
91 Oberbayern zum Beispiel von Skiurlauber*innen abhängig ist. Gemeinsam mit den
92 Regionen und den Beschäftigten im Tourismus wollen wir dazu beitragen, die Grundlage
93 für das Einkommen und in vielen Fällen den Lebensunterhalt zu erneuern und
94 touristische Konzepte schaffen, die für Urlauber*innen weiterhin interessant sind
95 aber besser mit der Natur im Einklang stehen und damit auch langfristig zur Sicherung
96 des Wirtschaftszweigs beitragen. Bei der Transformation wollen wir die Regionen auch
97 finanziell unterstützen.

Antrag S01: Antidiskriminierungsgesetz für Bayern! Jetzt!

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos
- 2 Bayern, Bezirksparteitag der SPD Oberbayern, Landesparteitag der SPD Bayern
- 3 Wir Jusos fordern die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes im Freistaat
- 4 Bayern und Schaffung einer unabhängigen Landesantidiskriminierungsstelle, als
- 5 Koordinierungszentrale, die mit bestehenden Antidiskriminierungsstellen auf
- 6 kommunaler Ebene zusammenarbeiten soll, und den Kommunen, die noch keine eigene
- 7 Stelle haben, bei der Einrichtung einer solchen helfen oder die Beratung selbst
- 8 übernehmen soll.
- 9 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss außerdem auch reformiert werden, die
- 10 Anwendung im digitalen Sektor finden statt und somit muss die Diskriminierung
- 11 algorithmischer Systeme auch konsequent verhindert werden. Wir wollen die Rechte der
- 12 Betroffenen stärken und die Beweispflicht von den Systembetreiber*innen verlangen,
- 13 die dementsprechend beweisen müssten, dass auf eigener Plattform keine
- 14 Diskriminierung stattgefunden hat. Das AGG muss im Hinblick auf Schutzbereiche
- 15 erweitert werden und Diskriminierungen, die durch statistische Korrelationen zwischen
- 16 Personengruppen entstehen, unter den Schutz des Gesetzes fallen.

Begründung

Die Menschen in Bayern sind vielen diskriminierenden Situationen ausgesetzt, die aber von existierenden Strukturen gar nicht adressiert werden. Menschen erleben Diskriminierung wegen ethnischer Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter oder sexueller Identität, haben aber nur eingeschränkten bis gar keinen Zugang zu Beratungsstellen, die qualifiziert sind in solchen Fällen qualitativ unterstützen zu können.

Insbesondere für die Kommunen, die noch gar keine eigene Beratungsstellen haben, fehlt es an einer zentralen Landeskoordinierungsstelle die verschiedenen Initiativen die Möglichkeit geben würde, in diesen Kommunen trotzdem ein wertvolles Beratungsangebot zu gewährleisten.

In vielen Kommunen fehlt es an spezialisierten Beratungsstellen, die Diskriminierungen im Arbeitsleben, Alltag, bei der Wohnungs- und der Jobsuche und bei den Banken oder Versicherungen aufgreifen können und Betroffenen rechtliche Unterstützung bieten. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz greift in vielen Bereichen nicht ausreichend, wie etwa im Bildungsbereich und in Behörden und Ämtern, da dort oft kein rechtlicher Rückhalt durch das AGG besteht. Im Justizbereich und bei der Polizei ist es noch gravierender, da Diskriminierungen oft auftreten, es aber oft zu keinen rechtlichen Konsequenzen kommt. Solcher Mangel an

umfassenden Schutz darf in unserer Gesellschaft nicht als eine Normalität gelassen werden.

Antrag SAT01: Richtlinienändernde Anträge

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand
Unterstützer/innen:	Zeno Hagemann (Jusos München-Land)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	SAT - Richtlinienändernde Anträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **ÄA 1: III. Organisation**
- 2 **(7) Die Bezirkskonferenz wählt aus dem Kreis des Bezirksvorstandes eine*n**
- 3 **Gleichstellungsbeauftragte*n, eine*n Neumitgliederbeauftragte*n und eine*n**
- 4 **Kommunikationsbeauftragte*n. Diese erstellen jeweils für die ordentliche**
- 5 **Bezirkskonferenz einen Bericht ihrer Arbeit.**

Antrag W01: Wohnungsbau objektiv

Antragsteller/in:	Jusos München-Land
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	W - Wohnen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** BeKo Jusos Obb, LaKo Jusos Bayern, Jusos BuKo, SPD-Bezirksparteitag
- 2 Oberbayern, SPD-Landesparteitag Bayern, SPD-Landtagsfraktion Bayern, SPD-
- 3 Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion
- 4 **Wir fordern:**
- 5 • Abbau der unterschiedlichen Objektfördertöpfe und Zusammenfassung zu einem
- 6 Instrument zur Förderung der Baufinanzierung durch bspw. 1%-Kredite
- 7 • Förderung einer gemeinsamen Projektabwicklung (in Form u.A. einer integrierten
- 8 Projektabwicklung, IPA) unter Beteiligung aller Akteur*innen, d.h. Staat,
- 9 Gewerkschaft(en) und Industrie
- 10 • Vereinfachungen der Bauvorschriften, wobei dies in Form einer Kommission
- 11 geschehen sollte, deren Ziel es insbesondere ist, die derzeitigen Vorschriften
- 12 sinnvoll zu bündeln
- 13 • Aktivere Teilhabe des Staates am Wohnungsmarkt durch Kauf bspw. Insolventer oder
- 14 besonders großer Akteur*innen (z.B.: Vonovia/Deutsche Wohnen) zur Erhöhung des
- 15 Staatsanteils im Wohnungsmarkt
- 16 • Verbesserung der Zugänglichkeit zu staatlichen Wohnung und einkommensbasierte
- 17 langfristige Vermietung mit Anpassung an die verschiedenen Lebenslagen der
- 18 Mietenden
- 19 • Besondere Förderung des Baus von Werkmietwohnungen wobei u.A. die Regelung des
- 20 geldwerten
- 21 Vorteils (d.h. Geld welches durch den Bezug einer Werkswohnung gespart wird, wird als
- 22 Einkommen des Mieters verrechnet) ganz aufgehoben wird
- 23 • Ermöglichung von Gewerkschaftswohnungen bzw. Werkmietwohnungen in Kooperation
- 24 mit Gewerkschaften
- 25 • Einstellung der Förderung des Baus von Einfamilienhäusern, Förderung des Baus
- 26 von Mehrfamilienhäusern und Reihenhäusern, wobei hier insbesondere auf die
- 27 Bedienung des „mittleren“ Marktsegments geachtet werden sollte
- 28 • Überprüfung aller Baunebenvorschriften, wie Parkplatzminima

Begründung

Seit Jahren steigen die Kosten für Mietende und Käufer*innen von Wohneigentum in Deutschland. Dieser Anstieg der Kosten führt dabei großflächig zu einer starken Überbelastung durch Wohnkosten (d.h. mehr als 40% des verfügbaren Einkommens wird für das Wohnen ausgegeben), was 13% der Mietenden betrifft. Dieses Problem lässt sich nur durch mehr Wohnungsbau lösen.

Obwohl seit Jahren geplant ist mehr zu bauen, stagnieren die Zahlen in der Realität auf niedrigem Niveau (ca. 200 000 neue Wohnungen pro Jahr). Dabei ist zudem festzustellen, dass es zwar immer mehr Förderung für Neubau gibt (Objektförderung), jedoch diese anscheinend nicht die gewünschte Wirkung entfalten kann. Gleichzeitig muss immer mehr Geld zur Unterstützung von Menschen bei hohen Wohnkosten ausgegeben werden (Subjektförderung, welche im Jahr 2023 etwa 20 Mrd € betrug, dabei 5-6 Mrd € nur durch Wohngeld). Langfristig wären diese Gelder in der deutlich effektiveren Objektförderung besser aufgehoben. Auch wenn die Subjektförderung – aufgrund der hohen Mietbelastung – in der mittleren bis langen Frist unverzichtbar bleibt.

Im Grunde kann man feststellen, dass insbesondere die Objektförderung in Deutschland nicht die gewünschte Wirkung entfalten kann. Diese Probleme lassen sich letztendlich auf drei Problemfelder zurückführen:

1. Ein massiver Wildwuchs an Vorschriften und Fördertöpfen
2. Nicht genug staatliche Initiative auf dem Wohnungsmarkt
3. Zu wenig Möglichkeiten der anderweitigen Realisierung von Projekten wie bspw, der Bau von Werkwohnungen